

Antworten von Dr. Elke Flake (Bündnis 90/Die Grünen) auf die Wahlprüfsteine zur Veranstaltung „Kultur im Fragefeuer“ am 29.08.2016 in der Brunsviga

Frage 1: „Wie wollen Sie dem Sterben der Veranstaltungsorte in Braunschweig entgegensteuern?“

Antwort 1: „Man muss hier deutlich unterscheiden zwischen öffentliche Veranstaltungsorten und privat betriebenen wie z. B. Gaststätten und Großdiskos. Bei letzteren schlägt sich auch eine zunehmende Tendenz des Publikumsbesuchs zu kleineren Orten und Clubs nieder, die im Konzertbereich große Säle nicht mehr wirtschaftlich betreiben lässt. Im öffentlichen Bereich ist aber eindeutig klar, dass wir nach der Schließung des FBZ ein weiteres Veranstaltungszentrum dringend brauchen, das insbesondere im Musikbereich die entstehende Lücke deckt. Wir brauchen außerdem dringend Quartierszentren in den Stadtteilen. Wir hoffen, dass mit dem „WestAnd“ jetzt auch nach positiven Grundsatzbeschlüssen ein neues Zentrum entsteht. Wir müssen dafür sorgen, dass andere Veranstaltungszentren wie z. B. das B 58 und viele andere auch erhalten bleiben. Dabei spielt das Thema Versammlungsstättenverordnung / Brandschutz, aber auch die städtische Förderung eine entscheidende Rolle.“

Frage 2: „Im Jahr 2002 hat sich Braunschweig für die Kulturstandortfrage in der Metropolregion beworben. Der Status ist mittlerweile verloren. Halten Sie es für wünschenswert, sich erneut um diesen Status zu bewerben?“

Antwort 2: „Zur Zeit halten wir es nicht für sonderlich sinnvoll, weil es lediglich eine Marketingaktion ist und sich auf die überregionale Ausstrahlung kultureller "Leuchttürme" beschränken würde. Die notwendige kulturelle Förderung gerade in der Sozio- und Breitenkultur würde das aber keinen Deut voranbringen - das Geld kann man m. E. besser verwenden.“

Frage 3: „Welche Veranstaltungen außerhalb der Hochkultur bzw. des Mainstreams gibt in Ihrem Terminkalender?“

Antwort 3: „Eine ganze Menge. Neugierig bin ich auf sehr viel und ich habe ja auch beruflich damit zu tun. Leider fehlt mir oftmals die Zeit, kulturelle Veranstaltungen zu besuchen. Dazu würden aber durchaus auch Mainstream-Veranstaltungen und „Hochkultur“ gehören. Ich bezweifle auch, ob so eine Unterscheidung heute noch so sinnvoll ist. Wichtig ist, dass in einer Stadt wie Braunschweig Platz und Fördermöglichkeiten für eine breitgefächerte kulturelle Szene vorhanden sind, die auch jungen Kreativen Entwicklungen und vielen „Kulturen“ Raum geben - und das gleichberechtigt.“

Frage 4: „Am Dowesee können nur noch Veranstaltungen mit bis zu 200 Personen stattfinden. Halten Sie es für richtig, dass die Baubehörde die Versammlungsstättenverordnung restriktiv auslegt? Siehe auch Schulen und Aulen. Wo können in Braunschweig überhaupt noch Veranstaltungen für über 200 Personen stattfinden?“

Antwort 4: „Da wird ein echtes Problem angesprochen. Es geht hier um die Umsetzung der Versammlungsstättenverordnung, die ab 200 Personen scharfe Sicherheitsauflagen an Räume und sonstige Anforderungen vorschreibt. Das ist Gesetzeslage! Jetzt können und sollten bei Veranstaltungsorten wie dem Dowesee, die nur sporadisch genutzt werden, auch mal Ausnahmen gemacht werden. Insgesamt wird Braunschweig da aber wenig ändern können. Die Versammlungsstättenverordnung und deren strikte Auslegung schränkt aber das Angebot an Veranstaltungsorten weiter erheblich ein. Hier werden Investitionen der Stadt nötig sein, um bestehende Veranstaltungsorte nicht demnächst schließen zu müssen.“

Frage 5: „Der Silverclub konnte ursprünglich problemlos Veranstaltungen für über 200 Personen in unterschiedlichen Locations in Braunschweig durchführen. Dieses war durch Ausnahmegenehmigungen möglich. Ist das verwaltungsrechtlich Ihrer Meinung nach heute in Braunschweig noch möglich oder nicht mehr gewollt?“

Antwort 5: „Verwaltungsrechtlich ist das zwar noch möglich, aber wir können nicht politisch beschließen, die Versammlungsstättenverordnung zu unterlaufen. Wir können nur an die Bauordnungsabteilung appellieren, diese Verordnung im Rahmen ihrer Ermessensspielräume großzügig auszulegen. Meiner Wahrnehmung nach ist seit dem Tiefgaragenbrand in Braunschweig hier eher das Gegenteil der Fall. Eine harte Auslegung der Versammlungsstättenverordnung führt m. E. nicht unbedingt zu einer größeren Sicherheit gegen solche Brände oder zu einer Vermeidung von Paniksituationen. Aber die Stadt wird sich auch weiterhin im Rahmen dieser Verordnung bewegen müssen. Da ist aber mehr drin, als bisher genehmigt wird.“

Frage 6: „Zur Zeit erhält das Staatstheater 90 % des Kulturetats. Finden Sie das gerechtfertigt oder sollen Ihrer Meinung nach künftig die Fördermittel im Kulturbereich anders verteilt werden? Wenn ja, wie?“

Antwort 6: „Im Bereich der freien Kulturszene wurde jahrelang die Umverteilungsdiskussion geführt. Ich halte da so platt gar nichts von. Wenn die Stadt sich ein Drei-Sparten-Staatstheater leisten will (was ich übrigens unterstütze), dann kostet das erhebliche Millionen. Allerdings brauchen wir auch eine vernünftige Ausstattung der freien Kultur und unter diesem Aspekt ist es eine Schande, wie gering diese trotz ihrer Leistungen ausgestattet ist. Hier sind Ausgabensteigerungen nötig, die sich angesichts des wirklich geringen Anteils des Kulturetats und des noch geringeren Anteils der freien Kultur an diesem ohne weiteres bewerkstelligen lassen müssen. Jede Tarifierhöhung bei den großen Kulturinstitutionen, die ja finanziert werden muss, kommt ohne weiteres in die Größenordnung der Zuschüsse für den freien Bereich. Den Vergleich mit dem Staatstheater und dessen Kosten würde ich nur unter diesen Gesichtspunkten anführen. Und da ist es schon seltsam, wenn bei Einspardiskussionen immer die Kleinen den Haushalt „ruinieren“ oder durch Streichungen angeblich „sanieren“ können. Hier wird tatsächlich mit zweierlei Maß gemessen.“

Frage 7: „In Berlin gibt es etwas ähnliches wie eine Kurtaxe, das nennt sich Bettensteuer, mit der ausdrücklich die freie Kulturszene gefördert wird. Sind Sie dafür, dass in Braunschweig etwas Vergleichbares eingeführt wird?“

Antwort 7: „Das ist auch eine Diskussion, die heute nicht mehr so greift. Sie war vor einigen Jahren aktuell, als die Mehrwertsteuer für Hotelübernachtungen gesenkt wurde. Wir haben die Forderung damals in Braunschweig unterstützt. Es gab dann aber viele rechtliche Probleme in anderen Städten. Außerdem: Braunschweig ist nicht Berlin!!! Es kommen viele Übernachtungsgäste gerade wegen des Kulturangebotes nach Berlin. Ob das in Braunschweig der Fall ist, wage ich zu bezweifeln.“

Frage 8: „Der KufA-Verein fordert seit langem ein sogenanntes Leerstandsmanagement. Damit ist gemeint, dass die über die ganze Stadt verteilten leerstehenden und nicht genutzten Gebäude einer Nutzung zugänglich gemacht werden, ggf. mit zeitlicher Begrenzung. Würde Ihre Partei einen solchen Antrag im Rat stellen?“

Antwort 8: „Ein Leerstandsmanagement würden wir sehr unterstützen. Das gilt auch für Zwischennutzungen von Ladenlokalen in der Innenstadt, die auch einer bunten Innenstadt zu Gute kommen. In Hannover gibt es eine Agentur für Zwischennutzungen, in anderen Städten Ähnliches.“

Frage 9: „Halten Sie einen Kulturentwicklungsplan unter Einbeziehung der freien Kultur in Braunschweig für nötig? Wenn ja, bis wann wollen Sie das umsetzen?“

Antwort 9: „Der freie Kulturbereich hat vor ca. 10 Jahren keine guten Erfahrungen mit dem damaligen Kulturentwicklungsplanungsprozess der Stadt gemacht. Gerade der freie Bereich hat hier einen Löwenanteil der Arbeit geleistet. Das wurde aber nicht honoriert: Als Ergebnis gab es noch nicht einmal eine Veröffentlichung im Kulturausschuss. Der Plan und damit alle Arbeitsergebnisse versanken in den Schubladen der Verwaltung. Das hat größeren Schaden hinsichtlich der weiteren Beteiligungsbereitschaft und erheblichen Frust ausgelöst. Trotz alledem plädieren wir jetzt eindringlich wieder für einen gemeinsam entwickelten Plan, der dann aber als Beteiligungsprozess professionell angegangen werden muss. Mit dem Entwicklungskonzept Soziokultur haben wir ja durchaus gute Erfahrungen gemacht. Dadurch wurde der gordische Knoten bezüglich der Diskussion um ein neues Soziokulturelles Zentrum letztendlich durchschlagen. Wenn wir die Bedingungen entsprechend geklärt haben, würden wir im Rat selber einen Antrag stellen oder einen Verwaltungsvorschlag unterstützen. Das sollte im nächsten Jahr geklärt werden.“

Frage 10: „Für das soziokulturelle Zentrum KufA-Basis und das privat finanzierte WestAnd am Westbahnhof gibt es Zusagen, aber noch keinen verbindlichen Ratsbeschluss. Wie wird Ihre Fraktion in der letzten Ratssitzung des amtierenden Rates am 13.09.2016 abstimmen?“

Antwort 10: „Eindeutig mit JA!!!“

Braunschweig, 26.08.2016